

# Kompromiss unter Beschuss

Die Ausschreibung selbst war heute wenig umstritten, der Weg dorthin umso mehr. In einem gemeinsamen Diskussionsprozess hatten sich SPD, Grüne, CDU und LINKE auf

eine Gesamtstruktur der Verwaltungsspitze verständigt, also sowohl auf die Kompetenzen des Bildungsbürgermeisters bzw. der Bildungsbürgermeisterin als auch auf die Gestalt der übrigen Geschäftsbereiche, die 2022 neu besetzt werden sollen. Mehr noch: alle vier Fraktionen hatten sich gegenseitige Vorschlagsrechte eingeräumt - mit dem Ziel, einer handlungsfähigen Verwaltungsspitze eine breite Unterstützung zu sichern. Das erzürnte die rechte Seite des Rates. Die FDP war im Vorfeld zu gemeinsamen Gesprächen geladen, kam aber nicht nur unvorbereitet, sondern auch zu spät. Fraktionschef

In der heutigen Sitzung hat der Stadtrat die Ausschreibung der Stelle der / des Beigeordneten für Bildung und Jugend beschlossen. Das war nötig geworden nachdem Bürgermeister Vorjohann in die Landesregierung gewechselt war.

Zastrows Entschuldigung heute vor dem Rat: "Finden Sie mit einem Pick-up mal einen Parkplatz in der Innenstadt." Auch der AfD schmeckte der Kompromiss der demokratischen Fraktionen nicht. **André Schollbach** dazu: "Gruppierungen, deren Geschäftsmodell darin besteht, zum Zwecke der eigenen Stimmenmaximierung demokratische Prozesse und Institutionen verächtlich zu machen, immer wieder geistige Brandstiftung zu betreiben, zum Hass gegen ganze Bevölkerungsgruppen anzustacheln und ein gesellschaftliches Klima der Verrohung zu schüren, sind keine Partner."



## Die Zweifel bleiben

Zugleich heute beschlossen: der Satzungsbeschluss zum Hafencity-Bebauungsplan. Das Projekt ist wegen Fragen des Flutschutzes umstritten; es ersetzt die selbstverwaltete Nutzung des Geländes und wird für nicht wenige optisch gewöhnungsbedürftig sein. Und doch: DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren wesentliche Punkte durchgesetzt - einen Anteil an Sozialwohnungen von 15 Prozent, freie Querungen zum Elbufer, das eben nicht privatisiert wird, sondern der Allgemeinheit weiterhin zur Verfügung steht.

## Brennpunkt Gorbitz?

Die Verwaltung schlägt vor, den Stadtteil Gorbitz zum Pilotprojekt einer neuen Kriminalpräventionsstrategie zu machen. Der Stadtrat hat sich diesem Ansinnen heute angeschlossen. DIE LINKE hat dagegen gestimmt.

Warum, begründete **Katharina Hanser**: "Was Gorbitz braucht, ist eine kulturelle und soziale Aufwertung von Plattenbaugebieten. Wir brauchen den sozialen Wohnungsbau in anderen Stadtgebieten, damit die Wohnberechtigungsscheine eben nicht nur für Gorbitz und Prohlis ausgestellt werden. Wir brauchen eine Förderung von Kultur-, Sport- und Bildungsangeboten und das bedeutet eben auch ein Gymnasium für Gorbitz. Nicht, obwohl es Gorbitz ist, sondern gerade weil es Gorbitz ist und uns dieser Stadtteil als Stadtrat genauso am Herzen liegt wie die anderen."

Was die Bürgerinnen und Bürger in Gorbitz aber nicht brauchen, ist ein weiteres Stigmatisieren, Schlechtreden und Kriminalisieren eines ganzen Stadtteils einschließlich der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen."

## Humanität nicht eilbedürftig?

Mit folgendem Eilantrag versuchte die Fraktion DIE LINKE heute die Situation an der griechisch-türkischen Grenze als Punkt auf die Tagesordnung zu setzen - leider erfolglos:

1. Angesichts der aktuellen dramatischen Entwicklung in der Ägäis und der sich dort zuspitzenden Lage beauftragt der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden den Oberbürgermeister, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen, um eine geordnete Aufnahme und Versorgung der angesichts der Entwicklung der vergangenen Tage zu erwartenden vor Krieg und Gewalt flüchtenden Menschen gewährleisten zu können.
2. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden schließt sich angesichts der dramatischen Entwicklung in der Ägäis und der sich dort zuspitzenden Lage der Forderung von Pro Asyl an, die Asylpolitik in Europa entsprechend geltender humanitärer Standards zu gestalten."

**Margot Gaitzsch**: "Die Bedingungen für Geflüchtete in Griechenland, insbesondere auf Lesbos, sind katastrophal. An der griechisch-türkischen Grenze werden Menschen - Kinder, Frauen, Männer, Jugendliche - gewaltsam am Grenzübergang gehindert. Das Recht auf Asyl wird mit Gewalt eingeschränkt und Oberbürgermeister Dirk Hilbert wischt den Dringlichkeitsantrag vom Tisch. Das ist ein politischer Skandal."